

17. Dezember 2020: "Die Zukunft des Ruhrgebietes liegt im Norden - Gegen den "Imperialismus" der Revier-Großstädte"

Eine Kurzfassung dieses Aufsatzes erschien zuvor am 17. Dezember in der Ruhrgebiets-Zeitschrift AMOS (Ausgabe 4-2020)

Die Zukunft des Ruhrgebietes liegt im Norden –

Gegen den „Imperialismus“ der Revier-Großstädte

(Aus den Erfahrungen eines ehemaligen Stadt- und Regionalplaners)

„Diese Gegend ist bewohnt mit groben, korrupten Menschen in vernachlässigten Städten, denen es an guter Sitte und geistiger Offenheit mangelt“

(Justus von Gruner 1830, Reisebericht über den Zustand im westfälischen Teil des Ruhrgebiets)

Nördlich der für 5,4 Mrd. € renaturierten Emscher spielt sich im Ruhrgebiet ein historisches Drama ab: Nach 30 Jahren deutscher Einheit (und 50 Jahren Ruhrgebiets-Zwietracht) liegt die Armutsregion Deutschlands nicht etwa im Osten, sondern im Norden des Ruhrgebietes: Der Verbund der 12 Vestischen Städte der „Emscher-Lippe-Region“ ist laut Armutsbericht 2019 die Problemregion Nr. 1 in Deutschland, mit einer Armutsquote von 22,4% im Kreis Recklinghausen und 26% in Gelsenkirchen (also noch höher als im Ruhrgebiet insgesamt mit 21%). Die Kinderarmut liegt bei 28,2%, in Gelsenkirchen sogar bei 40,4% laut Bertelsmann-Studie. Zudem beherbergt die Stadt 32,2% Migranten mit niedriger Erwerbsquote. Jeder Vierte bis Fünfte (und jedes dritte Kind) lebt hier im Norden des Ruhrgebietes in Armut, trotz des „Integrierten Handlungskonzeptes Emscher-Lippe“ und zahlreicher Emscher-Lippe-Konferenzen und -programme.

Mit der beendeten „Nordwanderung des Bergbaus“ ist nach der Schließung der letzten Zeche Prosper-Haniel in Bottrop 2018 das Versprechen geplatzt: „Die Zukunft liegt im Norden“ mit dem damit verbundenen Slogan „Zehn Städte machen Zukunft“. Herten als zuletzt „größte Bergbaustadt Europas“ versucht jetzt einen Neustart als Wasserstoff-Technologiezentrum, seitdem die fossilen Energieträger der Vergangenheit angehören. Auf dem Gelände der zweitletzten Ruhrgebiets-Zeche Auguste Victoria in der Chemiestadt Marl sollen mit „gate.ruhr“ nun Gewerbe- und Logistik-Unternehmen angelockt werden. Castrop-Rauxel setzt bei seiner Wirtschaftsförderung auf die Gesundheitswirtschaft. Bottrop bekam den Zuschlag für die Bundesförderung als „Zukunftsstadt“. Und Datteln im Ostvest will nach 50 Jahren vorausgegangener Planung endlich das umstrittene Projekt „New Park“ in den Rieselfeldern als

Wilhelm Neurohr

Industriestandort von 156 ha Fläche realisieren - neben dem noch umstritteneren neuen großen Kohlekraftwerk Datteln 4, dessen 1.100 MW-Block trotz „Kohleausstieg“ 2020 ans Netz ging, 13 Jahre nach Baubeginn 2007 wegen jahrelanger Proteste und Klageverfahren.

In der von 130.000 auf 114.000 Einwohnern geschrumpften Kreisstadt Recklinghausen mit ihren wachsenden Leerständen in der Innenstadt ist nach den Zechenschließungen nun die Kreisverwaltung der größte Arbeitgeber mit 2.100 Beschäftigten, gefolgt von der Stadtverwaltung und den großen Krankenhäusern. Die Stadt landete 2016 bis 2018 laut LKA - bezüglich Mafia-Strukturen und Parallelwelten (mit 608 Tatverdächtigen aus türkisch-arabischen und libanesischen Familienclans) - auf dem unrühmlichen Platz 2 im Ruhrgebiet und in NRW, nach Spitzenreiter Essen und noch vor Duisburg.

Das eigene Recklinghäuser Rathaus machte 1996 durch den größten Korruptionsskandal in NRW mit 80 Ermittlungsverfahren von sich reden, als 14 städtische Mitarbeiter und Amtsleiter aus dem Baudezernat und von der Wirtschaftsförderung vom Staatsanwalt wegen Bestechlichkeit festgenommen wurden; der Chef der Wirtschaftsförderung ging dreieinhalb Jahre in Haft. Ein weiterer Fall auch aus der Kreisverwaltung wegen Meineids eines involvierten leitenden Beamten machte Schlagzeilen. Und von 3 Oberkreisdirektoren und 5 Landräten als Kreisverwaltungschefs in Recklinghausen gingen nur 2 ohne Makel am Ende ihrer Amtszeit oder vorzeitig aus dem Dienst, denn 5 zogen Skandale und Ermittlungen auf sich mit unrühmlichen Abgängen. Auch das galt als ein (Image schädigendes) Armutszeugnis für den Norden des Reviers und schwächte seinen politischen Einfluss.

In 2016 entwickelte der Kreis Recklinghausen mit seinen 10 Städten eine „Zukunftsvision 2030“ mit verschiedenen Szenarien und den Schwerpunkten Bildung, Digitalisierung und Altenpflege, um sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf zu ziehen. Denn der Strukturwandel ist bislang erst in den Ruhrgebiets-Großstädten als Handels-, Kultur- und Dienstleistungszentren erfolgreich vorangeschritten; in der Verlierer-Region Emscher-Lippe ist er zumindest bei der Bevölkerung noch nicht angekommen.

Schon bei der kommunalen Neugliederung des Ruhrgebietes im Jahr 1975/1976 – wir erinnern uns an das Konstrukt „Glabotki“ – sollten die Ruhrgebietsgroßstädte mit einem „Städteverbandsmodell“ von Innenminister Willi Weyer den Zugriff auf die kleineren Emscher-Lippe-Städte bekommen und diese untereinander aufteilen. So wollte die Stadt Bochum den Großraum von Witten, Hattingen und Herbede im Süden bis Wanne-Eickel, Recklinghausen, Datteln, Herten, Marl und Haltern im Norden in ihren Städteverbund einverleiben. Und die Großstadt Essen sollte ihren Einzugsbereich von Velbert im Süden über Gelsenkirchen, Bottrop, Gladbeck und Dorsten im Norden ausdehnen. Duisburg war der halbe Niederrhein zugehört, Dortmund das Ostvest mit Waltrop und Datteln.

Der historisch gewachsene Kreis Recklinghausen und die Vestische Emscher-Lippe-Region wären zerstückelt und zerteilt worden. Erfolgreich wehrte sich das nördliche Ruhrgebiet dagegen mit eigenen Alternativvorschlägen. (Deren anschließende Aufarbeitung gehörte damals zu meinen ersten Aufgaben als junger Stadt- und Regionalplaner in der Recklinghäuser Kreisverwaltung, neben der Auswertung des Gebietsentwicklungsplan Nördliches Ruhrgebiet und des Landesentwicklungsplanes sowie der Vorbereitung des Freiflächenrahmenplans für das

gesamte Kreisgebiet - und der beginnenden Umplanung für das Rieselfeld-Projekt, wo die Landesplanung ursprünglich einen Atomkraftwerks-Standort verordnet hatte).

Zwischen Gigantonomie und Kirchturmspolitik

Zerrieben und gedemütigt zwischen Gigantonomie und Kirchturmspolitik hat sich die politisch bescheidene und mittelmäßige Emscher-Lippe-Region nach der kommunalen Neugliederung von 1975 zumeist dem „Imperialismus“ der Ruhrgebiets-Großstädte im Süden und der Münsterland-Metropole im Norden stets ergeben und untergeordnet. Der von 1975 bis 1994 amtierende legendäre Landrat des Kreises Recklinghausen, Helmut Marmulla, ein Bergbau-Betriebsrat aus Hochlarmark, hatte fast 20 Jahre lang die Fahne für die Energie- und Kohleregion hochgehalten (davon ließ er sich auch von mir als sein Redenschreiber und Berater mit anderen vorgeschlagenen Zukunftskonzepten nicht abhalten).

Danach war es der engagierte nachfolgende Landrat des Kreises Recklinghausen, Hans Ettrich aus Castrop-Rauxel (für den ich damals die Konzepte ausarbeiten durfte), der 1979 für das gesamte Ruhrgebiet die erste „Ruhrgebietskonferenz“ in Castrop-Rauxel mit innovativen Konzepten für den Wandel initiierte, von der aber letztendlich die Ruhrgebiets-Großstädte wiederum im Verteilungskampf die meisten Fördergelder und -projekte abschöpften.

Wer sich, wie der Emscher-Lippe-Raum, seit jeher selber beim Marketing nur als „Brücke zwischen Ruhrgebiet und Münsterland“ vermarktet, der pflegt das Selbstverständnis einer zu überbrückenden Region (als eine Art „Niemandland“), über die man hinweg fährt.

Die zum Regierungsbezirk Münster gehörende Emscher-Lippe-Region wurde auch von der Bezirksregierung und ihrem Bezirksplanungsrat (heutiger Regionalrat), wo auch die Gebietsentwicklungs- oder Regionalpläne entworfen wurden, bei den Förderprogrammen und Mittelverteilungen nicht annähernd so gut behandelt wie die CDU-regierten Münsterlandkreise und -städte - weil die finanzschwachen Emscher-Lippe-Städte ihren finanziellen Eigenanteil oft nicht aufbringen konnten.

Der 2020 neu gewählte CDU-Landrat und langjährige Kreiskritiker Bodo Klimpel wollte 2009 als Bürgermeister seine Stadt Haltern sogar dem prosperierenden Kreis Coesfeld anbieten und den strukturschwachen Kreis Recklinghausen verlassen, um sich damit aus der Solidarität mit den finanzschwachen Ruhrgebietsstädten mit ihrer interkommunalen Zusammenarbeit räumlich davonzustehlen. Nicht nur deshalb gerieten die Verlierer-Städte von zwei Seiten in die Klammer.

Denn gerade auch im Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR) - heute als „Regionalverband Ruhr“ (RVR) mit einem 2020 erstmals direkt gewählten Ruhrparlament aufgewertet - flossen Emscher und Lippe viele Jahrzehnte bedeutungslos vorbei und die Städte im Norden hatten nur eine schwache Lobby. Erst mit der von Städtebauminister Zöpel ermöglichten Internationalen Bauausstellung Emscherpark (IBA) konnte der Münchener Professor Ganser als Auswärtiger die Ruhrgebietler für die Reize der Industriebrachen und ihre kulturelle Folgenutzung begeistern. Die IBA trug entscheidend zu einem neuen Selbstbewusstsein der Jahrzehnte vernachlässigten Region bei, obwohl die IBA leider nur auf 10 Jahre von 1989 bis 1999 angelegt war - und dann ging das Geld für Anschlussprojekte aus und viele Ideen blieben

unvollendet.

Es folgte das Jahrhundertprojekt der Emscher-Renaturierung und des noch weiter auszubauenden Emscher-Landschaftsparks als Kooperationsprojekt von 20 beteiligten Städten mit 250 Einzelprojekten über eine Fläche von 450 qkm im nördlichen Ruhrgebiet. Grünzüge und begrünte Halden erhöhen die Lebensqualität in der ent-industrialisierten Zone, aber sie ersetzen keine fehlenden neuen Arbeitsplätze, keine Hochschulen und Forschungseinrichtungen, keine Konzernzentralen und Behördenstandorte im Emscher-Lippe-Raum.

Denn bis dahin hatten die selbstbewussten Ruhrgebietes-Oberbürgermeister mit eigenen Gesprächszirkeln ihren Einfluss beim Kommunalverband und bei der Landesregierung oder beim VRR (Nahverkehrsverbund) geltend gemacht, um möglichst viele Fördergelder und Einrichtungen bevorzugt in die Großstädte zu holen, ebenso die Revierparks, die Bevorzugung beim ÖPNV, den Status der „Europäischen Kulturhauptstadt“ usw. Im Landesentwicklungsplan achtete man auf die Bündelung der Infrastruktur in ihren ausgewiesenen „Oberzentren“ der höchsten Stufe.

Traum von der Ruhrstadt als Albtraum für die Randzonen

Einige träumten den Metropol-Traum von der (zentralistischen) „Ruhrstadt“ mit Premium-Projekten der Superlative und einem Revier-Oberbürgermeister auf Augenhöhe mit den Bürgermeistern von Paris und London. Sogar der Recklinghäuser Landrat Jochen Welt, amtierend von 2004 bis 2009, hielt nach Ende seiner Amtszeit plötzlich seinen Kreis Recklinghausen mit den vorteilhaften dezentralen Strukturen für entbehrlich und schloss sich den Rufern aus den Großstädten nach der „Ruhrstadt“ an, bei der die Emscher-Lippe-Region erst recht ein Schatten- und Randdasein fristen würde.

Für die Unterbringung der unattraktiven Restnutzungen gab es im Ruhrgebiet immer schon eine ungerechte Lastenverteilung ins Hinterland hinein, deren Kreise als „Stadt-Umland-Kreise“ im Sinne von Verfügungsmasse bezeichnet wurden: Die ungeliebten Standorte für Müllverbrennung und -deponierung, für Entsorgungsanlagen und Kraftwerksstandorte, neuerdings für große Windenergieparks, für großflächige Industrienutzungen mit Emittenten, für Abraumhalden und Wassergewinnung oder für militärische Nutzungen sowie für forensische Klinikprojekte, die man aus den Großstädten verbannen möchte – all das war und ist dem Emscher-Lippe-Raum vorbehalten, ebenso die Bewältigung der touristischen Ströme aus dem gesamten Ruhrgebiet in die landschaftlich attraktive, aber belastete Lippezone.

Auch als attraktive Wohnstandorte nördlich der Lippe waren die kreisangehörigen Städte im Norden begehrt für die zahlungskräftigen Berufspendler aus dem dichten Siedlungsbrei der Ruhrgebietsmetropolen, mit der Folge der Landschaftszersiedelung und immensen Immobilienpreissteigerungen im Norden. (Ihren unsinnigen Konkurrenzkampf um Flächen und Einwohner setzen die Nachbarstädte unverdrossen als Nullsummenspiel fort, als gäbe es keine Umwelt- oder Klima-Restriktionen und als seien Flächen beliebig vermehrbar).

Die Landräte und Bürgermeister der finanzschwachen kreisangehörigen Städte in der nördlichen Randzone des Ruhrgebietes hatten zu keiner Zeit ihr politisches Gewicht in die Waagschale werfen können, weil sie untereinander in kleinteiliger Kirchturmpolitik keine Kreiseinheit

zustande brachten. Das änderte sich vorübergehend erst mit der Kooperation als „Emscher-Lippe-Region“, über die Grenzen des Kreises Recklinghausen hinaus und in räumlicher Anlehnung an das alte Vest Recklinghausen (das sich ja über Gelsenkirchen-Buer bis Bottrop und Oberhausen-Osterfeld erstreckte), wiederum angeregt durch den hartnäckigen Landrat Hans Ettrich (mit meiner konzeptionellen Zuarbeit).

Als Trostpflaster erhielten die Emscher-Lippe-Städte nach jahrelangem Ringen 1992 den Standort eine Fachhochschule in Gelsenkirchen mit einer Dependance in Recklinghausen und im fernen Bocholt, die sich als heutige Standorte der Westfälischen Hochschule weiterentwickelt haben. Als aussichtslos unterfangen gilt der aktuelle Versuch der Stadt Marl, ebenfalls Standort einer weiteren Hochschulgründung im Emscher-Lippe-Raum zu werden, nachdem das kleine Marler Studienzentrum der Fernuniversität Hagen 2018 geschlossen wurde. Jahrzehnte waren die Kommunalpolitiker im nördlichen Ruhrgebiet vor allem damit beschäftigt, ihre finanziell ausgebluteten Kommunen (mit den hohen Soziallasten infolge der Arbeitslosigkeit) mit sozialen Streichorchestern über die Runden zu bringen, während anderswo investiert wurde.

Die unterschätzte Millionenstadt zwischen Emscher und Lippe

Dabei handelt es sich bei der Emscher-Lippe-Region eigentlich um eine Region der Superlative, die Anlass für stärkeres Selbstbewusstsein wäre: Der Kreis Recklinghausen mit seinen 10 Mittelstädten, darunter eine kreisangehörige Großstadt, ist mit seinen 614.000 Einwohnern (zu besten Zeiten über 660.000 Einwohner) nicht nur der bevölkerungsreichste Kreis Deutschlands, sondern somit zugleich die fünftgrößte Gebietskörperschaft nach Berlin, Hamburg, München, und Köln, gleichauf mit Frankfurt und Stuttgart. Rechnet man die Partnerstädte Bottrop (117.000 Einwohner) und Gelsenkirchen (260.000 Einwohner) dazu, handelt es sich nahezu um eine Millionenstadt, zu der sich projektweise auch noch Herne dazu gesellt mit seinen 156.000 Einwohnern.

Der „Vestische Kreis“ und erst recht der gesamte Emscher-Lippe-Raum mit immerhin 20% der (schrumpfenden) Ruhrgebietsbevölkerung beherbergt mehr Menschen als Dortmund (588.000 EW), die Ruhrmetropole Essen (583.000 EW) oder Duisburg (499.000 EW) und übertrifft auch die Landeshauptstadt Düsseldorf (581.000 EW). Deshalb liegt die Zukunft im Norden des Ruhrgebietes, wenn sie nicht verschlafen oder vereitelt wird. „Die Kleinen übersieht man, die Großen lässt man laufen“.

In der Wertschätzung der Ruhrgebiets- und Landespolitik darf das Potenzial dieser kleinteilig differenzierten Millionenstadt zwischen Emscher und Lippe als „Stadt der großen Dörfer“ nicht länger als bloße Verfügungsmasse und Vorhof dem Imperialismus der Ruhrgebiets-Großstädte zum Opfer fallen. Denn eigentlich sollte das Ruhrgebiet vorbildhaft Solidarität statt Konkurrenz vorleben. Wird diese verweigert, dann lag einmal seine Zukunft im Norden und es geht zurück in die Vergangenheit; dafür steht die Ruhr im Süden mit den Egoismen der konkurrierenden Großstädte.

Der Norden des Ruhrgebiets überlebt nur mit Solidarität und gestärktem Selbstbewusstsein, nicht zuletzt mit neuen Ideen, Initiativen und Perspektiven, wenn die dicht besiedelten und

Wilhelm Neurohr

problemgeladenen Großstädte im zentralen Ruhrgebiet längst dem Niedergang geweiht sind. Nur bei einem solidarischen Ausgleich von Stärken und Schwächen und bei Bündelung des Ideenpotenzials aller Teilräume des Reviers wird es eine Win-Win-Situation zugunsten der hier lebenden Menschen geben, die dem Ruhrgebiet die Treue halten. Das Berliner Motto von Wowereit „arm aber sexy“ sollten wir aber nicht kopieren, sondern auch hier etwas eigenes kreieren, um *Justus von Gruner* (siehe Eingangszitat) zu widerlegen!

Wilhelm Neurohr

Autorennotiz: *Der Autor hat seine 70 Lebensjahre im nördlichen Ruhrgebiet (Herten, Recklinghausen und Haltern) über Tage und zeitweilig unter Tage verbracht, an der Bergbau-Fachhochschule Bochum und dann an den Revier-Hochschulen in Bochum, Essen, Dortmund und Hagen studiert, zuvor in Gelsenkirchen-Rotthausen und Essen-Zollverein die Berufsschule besucht; beruflich war er zunächst 6 Jahre in der Markscheiderei bei der Bergwerksdirektion des Verbundbergwerks Schlägel & Eisen Langenbochum/ Zeche Westerholt tätig und nach dem Studium 40 Jahre lang als Stadt- und Regionalplaner bei der Kreisverwaltung Recklinghausen und in interkommunalen Arbeitskreisen, auch als Redenschreiber für 3 Landräte, als Beauftragter für die lokale Agenda 21 und das kommunale Klimaschutzbündnis sowie 20 Jahre als Personalratsvorsitzender, nebenher politisch, gewerkschaftlich, publizierend und in zahlreichen Bürgerinitiativen und zivilgesellschaftlichen Projekten im gesamten Ruhrgebiet konstruktive Unruhe stiftend.*